

6431 Schwyz, Postfach 1260

Bundesamt für Sport  
z.H. Herr Markus Feller  
Hauptstrasse 245-253  
2532 Magglingen

Schwyz, 30. März 2012

**Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (RiskV);  
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Feller

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2011 unterbreitet der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) den Kantonsregierungen den Entwurf für eine Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (RiskV) zur Vernehmlassung bis 31. März 2012.

## **1. Allgemeine Bemerkungen**

Der Erlass des Bundesgesetzes über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (RiskG) vom 17. Dezember 2010 war bekanntlich im National- und Ständerat äusserst umstritten. Der Bundesrat hatte sich vorgängig wiederholt gegen den Erlass des neuen Gesetzes ausgesprochen. Die Erfassung von bestimmten Risikoaktivitäten im RiskG erscheint uns eher willkürlich und ist wohl auf den tragischen Canyoning-Unfall im Saxetbach im Jahr 1999 sowie die alsdann eingereichte Parlamentarische Initiative Cina zurückzuführen. Das neue Gesetz bezweckt den Schutz von Leib und Leben der Konsumentinnen und Konsumenten von Risikoaktivitäten, was zweifellos zu begrüßen ist und auch dem Tourismus dient. Wichtig erscheint uns aber, dass nur gewerbsmässiges Handeln erfasst wird, und dass bei diesen Aktivitäten tatsächlich ein erhöhtes Risiko- oder Gefahrenpotenzial besteht. Der massgebliche Risikobegriff ist aus den in Art. 1 Abs. 2 RiskG enumerierten Tätigkeiten und Aktivitäten (Bergführer, Canyoning, River-Rafting, Wildwasserfahren, Bungee-Jumping) abzuleiten. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass bereits der allgemeine Gefahrensatz den Leistungsanbieter dazu verpflichtet, alles zu tun, um die Sicherheit seiner Kunden zu gewährleisten. Auch die Eigenverantwortung des Teilnehmenden darf nicht gänzlich ausser Acht gelassen werden.

## 2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

### *Art. 1 Geltungsbereich*

In Art. 1 wird wie bereits in Art. 1 Abs. 1 RiskG festgehalten, dass Gesetz und Verordnung nur für gewerbsmässig angebotene Risikoaktivitäten gelten. Gemäss Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 27. März 2009 (BBI 2009, 6013, 6029) fallen Tourenleiter alpiner Vereinigungen wie zum Beispiel des SAC nicht unter den Geltungsbereich des RiskG. Da sie eine Aufwandsentschädigung erhalten, die in der Regel nur die Spesen deckt, fehlt bei ihnen die Gewerbsmässigkeit. Wichtig erscheint uns, dass in der RiskV oder zumindest in den Erläuterungen klargestellt wird, dass auch im Berg- oder Schneesport ausgebildete **Jugend+Sport-Leiterpersonen** im Rahmen ihrer Aktivitäten für die Jugend+Sport-Organisation vom Geltungsbereich des RiskG ausgenommen sind (siehe Votum von BR Maurer [AB 2010, 1172]). Dies unter Vorbehalt der Einhaltung der entsprechenden Weisungen (VBS, BASPO). Ansonsten könnten viele Schulen sowie Sport- und Jugendorganisationen kaum mehr Tätigkeiten im Berg- und Schneesport durchführen.

Gemäss Kommentar zum Verordnungsentwurf (S. 1, unten) stellt Art. 1 klar, dass RiskG und RiskV dann zur Anwendung gelangen, wenn Teile der Aktivität auf schweizerischem Hoheitsgebiet stattfinden oder mindestens entweder der Startort oder der Zielort der Aktivität in der Schweiz liegt. Demgegenüber setzt der Verordnungstext kumulativ voraus, dass „Beginn oder Ende und zumindest ein Teil der Durchführung auf dem Gebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft liegen.“ Dieser Widerspruch ist zu klären.

### *Art. 7 Wanderleiterinnen und Wanderleiter*

Die vorgesehene Ausweitung des Geltungsbereiches des RiskG auf Wanderleiterinnen und Wanderleiter lehnen wir strikte ab. Das Wandern ist in weit überwiegender Masse keineswegs mit Risiken verbunden, die mit den in Art. 1 Abs. 2 RiskG enumerierten Risikoaktivitäten vergleichbar sind. Dieser Meinung war offensichtlich auch die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (Bericht, BBI 2009, 6013, 6030): „In Absatz 2 werden die Aktivitäten, die unter den Geltungsbereich des Gesetzes fallen konkret bezeichnet. Die Bezeichnung ist für die heute gängigen Risikoaktivitäten im Gesetz selbst vorzunehmen, weil die damit verbundene Bewilligungspflicht einen erheblichen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit darstellt.“ Wir beantragen demgemäss die Streichung von Art. 7.

### *Art. 8 Kletterlehrerinnen und Kletterlehrer*

Gemäss Absatz 3 Bst. b berechtigt die den Kletterlehrerinnen und -lehrern erteilte Bewilligung zum Klettern im Fels in gebirgigem und felsigem Gelände mit Ausnahme von schnee- oder eisbedecktem Gelände oder Gelände, zu dessen Erreichen man Steigeisen, Pickel oder andere Hilfsmittel benötigt. Nicht zulässig wäre demgemäss das gewerbsmässige Eisklettern in gefrorenen Bächen oder Felsen. Da das Eisklettern häufig in einer Umgebung stattfindet, in der sich die Naturgefahren (Lawinen usw.) nahezu ausschliessen lassen, sollte es unseres Erachtens nicht gänzlich verboten sein für gewerbsmässig tätige Kletterlehrerinnen und -lehrer. Denkbar wäre die Zulassung des Eiskletterns in Klettergärten.

Die Bewilligungserteilung setzt nach Abs. 3 Bst. b voraus, dass Kletterlehrerinnen und Kletterlehrer Gewähr für die Einhaltung der Pflichten nach dem RiskG und der RiskV bieten. Dieselbe Bewilligungsvoraussetzung ist auch in den Art. 4 Abs. 1 Bst. b, 5 Abs. 1 Bst. b und 6 Abs. 1 Bst. b RiskG vorgesehen. Unklar bleibt, wann diese Voraussetzung erfüllt bzw. nicht erfüllt ist.

### *Art. 13 Befreiung von der Bewilligung bei Teilaktivitäten auf Schweizer Gebiet*

Die in Art. 13 genannten Aktivitäten fallen gemäss Art. 1 der Verordnung gar nicht in den Geltungsbereich des RiskG.

### *Art. 14 Erteilung der Bewilligung*

Absatz 2 und Anhang: Gemäss Art. 4 Abs. 1 und Art. 13 RiskG ist der Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung oder einer gleichgestellten Sicherheit nicht Bewilligungsvoraussetzung. Wir erachten diese Regelung als wenig praxistauglich. Wir sind demgemäss der Meinung, dass bereits im

Bewilligungsverfahren ein entsprechender Versicherungsnachweis einzufordern ist. Dies ist im Anhang noch zu ergänzen.

Die Frist gemäss Abs. 4 erscheint allzu knapp. Sie ist auf zehn Tage zu erhöhen.

Zur Verfahrensvereinheitlichung würden wir es begrüssen, wenn das BASPO ein einheitliches Gesuchsformular bereitstellen könnte.

*Art. 15 (Erneuerung der Bewilligung)*

Es wäre äusserst wünschenswert, wenn in den Weiterbildungen der Berufsverbände – und auch bereits in den Ausbildungsgängen – die Thematik der Störungsvermeidung für Wildtiere und Fische einbezogen würde. Durch die wachsende Popularität der Risikoaktivitäten wächst der Druck auf die Natur laufend.

*Art. 19 Gebühren*

Die in Abs. 3 Bst. a vorgesehene Gebühr für die Rückweisung des Gesuchs zur Verbesserung erscheint uns unnötig und wenig dienstleistungsorientiert.

*Art. 20 Versicherungspflicht*

Abs. 2 Bst. a ist dahingehend zu präzisieren, dass sich der Bürge oder Garant (Bank) mindestens bis zum Betrag von 5 Mio. Franken pro Jahr (Abs. 1) verpflichten muss.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

  
Armin Hüppin, Landammann

  
Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

